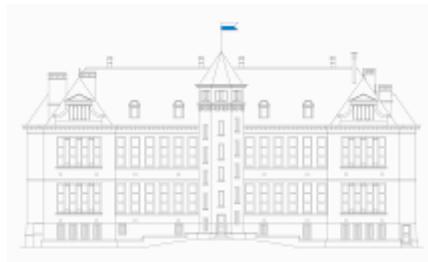


EUROPABERICHT



**Vertretung des Freistaates Bayern
bei der Europäischen Union
in Brüssel**



Aktuelle Entwicklungen auf der Europäischen Ebene

Politische Schwerpunkte und Europäisches Parlament

EUROPA 2020: KOMMISSION LEGT NEUE EUROPÄISCHE WIRTSCHAFTSSTRATEGIE VOR

Der Präsident der Europäischen Kommission *José Manuel Barroso* hat am 03.03.2010 die Strategie „Europa 2020“ zur Überwindung der Wirtschafts- und Finanzkrise und zur Vorbereitung der EU auf das nächste Jahrzehnt vorgestellt. Auf der Basis der drei Schlüsselemente intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum schlägt die Kommission fünf quantitative Kernziele mit 7 „Flaggschiffinitiativen“ vor. *Barroso* forderte, dass der Europäische Rat der Staats- und Regierungschefs selbst („ownership“) für die Umsetzung der neuen Strategie verantwortlich ist, ohne jedoch den Begriff „Wirtschaftsregierung“ zu benutzen (s. auch die Beiträge der Ressorts). Die neue Strategie folgt der als gescheitert geltenden Lissabonstrategie.

Der Volltext und weitere Informationen zu „Europa 2020“ unter:

http://ec.europa.eu/eu2020/index_de.htm

WESENTLICHE ERGEBNISSE DER PLENARSITZUNG VOM 08.-11-03.2010 IN STRAßBURG

Im Mittelpunkt der Plenarsitzung stand die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik, einschließlich des Gaza-Konflikts, und die Europa 2020 Strategie. Die Abgeordneten forderten zudem eine Steuer auf Finanztransaktionen, einen verbesserten Schutz für Urlauber durch ein Änderung der Richtlinie über Pauschalreisen und stimmten in erster Lesung einem Vorschlag zum Bürokratieabbau für Kleinunternehmen bei Jahresabschlüssen zu, der maßgeblich von der High-Level Gruppe unter Vorsitz von Ministerpräsident a.D. *Dr Edmund Stoiber* initiiert wurde. In der „Fragestunde“ kündigte Kommissionspräsident *José Manuel Barroso* die Prüfung eines „Europäischen Währungsfonds“ an. Dies sei aber ein langfristiges Projekt, das möglicherweise eine Änderung des Lissabonvertrages erfordere, und daher nicht zur Lösung der Griechenland-Krise beitragen könne (s. auch die Beiträge aus den Ressorts).

http://www.europarl.europa.eu/news/public/focus_page/008-69689-060-03-10-901-20100226FCS69663-01-03-2010-2010/default_de.htm



ISLAND: REFERENDUM GEGEN ENTSCHÄDIGUNGSGESETZ WEGEN „ICESAVE“ PLEITE

Mit 93 % lehnte die isländische Bevölkerung in einem Referendum am 06.03.2010 das Entschädigungsgesetz für die Rückzahlung von 3,9 Mrd. € wegen des Konkurses der Icesave-Bank an das Vereinigte Königreich und die Niederlande ab. Erweiterungskommissar *Stefan Füle* und der Auswärtige Ausschuss des EP unterstrichen, dass es sich hierbei um eine bilaterale Angelegenheit handele, die keinen Einfluss auf die Beitrittsverhandlungen haben sollte. Die meisten Mitglieder des Ausschusses forderten den Europäischen Rat auf, der Empfehlung der Kommission zu folgen (s. EB 04/10) und die Beitrittsverhandlungen auf dem Frühjahrsgipfel am 25./26.03.2010 zu eröffnen.

EU/UKRAINE: ERSTE AUSLANDSREISE DES NEUEN UKRAINISCHEN PRÄSIDENTEN JANUKOWITSCH NACH BRÜSSEL

Den neuen ukrainischen Präsident *Viktor Janukowitsch*, der eher als prorussisch gilt, hat seine erste Auslandsreise am 01.03.2010 demonstrativ nach Brüssel geführt. In Gesprächen mit dem Präsident des Europäischen Rats *Herman Van Rompuy*, dem Präsident des Europäischen Parlaments *Jerzy Buzek* und mit Kommissionspräsidenten *José Manuel Barroso* bezeichnete er die Heranführung seines Landes an die EU als „Schlüsselpriorität“.

Das Pressestatement von Präsident Barroso findet sich unter:

[HTTP://EUROPA.EU/RAPID/PRESSRELEASESACTION.DO?REFERENCE=SPEECH/10/50&FORMAT=HTML&AGED=0&LANGUAGE=EN&GUILANGUA
GE=EN](http://europa.eu/rapid/pressreleasesaction.do?reference=speech/10/50&format=html&aged=0&language=en&guiLanguage=en)

STÄRKUNG DER EUROPÄISCHEN NACHBARSCHAFTSPOLITIK (ENP)

Von 2011 bis 2013 stellt die Europäische Union 5,7 Mrd. € für die ENP zur Verfügung, die sich auf 15 Länderprogramme und vier horizontale Programme verteilen. Erstmals legt die EU ein Programm von 262,3 Mio. € für die Östliche Partnerschaft und ein Länderprogramm für Libyen (60 Mio. €) auf. Der mit Abstand größte Anteil von 757,7 Mio. € geht an das Programm für Interregionale Kooperationsprojekte. Für die besetzten Palästinensergebiete ist ebenfalls ein Programm geplant.

[http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/221&format=H
TML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en](http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/221&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en)



Geschäftsbereich Staatsministerium des Innern

RAT JUSTIZ UND INNERES AM 25./26.02.2010: INNENPOLITIK

- SWIFT: Beratungen zum weiteren Vorgehen nach Kündigung des vom EP abgelehnten Interimsabkommens
- Einrichtung des Europäischen Asylunterstützungsbüros auf Malta vom Rat förmlich gebilligt
- Stärkung von Außengrenzschutz und Bekämpfung illegaler Einwanderung – rasche Änderung der FRONTEX-Verordnung geplant
- Strategie für die innere Sicherheit angenommen
- Rat will Europäischen Pakt zur Bekämpfung des internationalen Drogenhandels schließen
- COSI förmlich eingesetzt – Erste Sitzung am 11.03.2010
- Informationen zum geplanten EMRK-Beitritt der EU

EP STIMMT VERORDNUNG ÜBER MEHR REISEFREIHEIT FÜR INHABER NATIONALER VISA ZU

Das Europäische Parlament hat dem Vorschlag der Kommission zur Änderung des Schengener Durchführungsübereinkommens und des Schengener Grenzkodexes zugestimmt, mit dem Inhaber von Visa für einen längerfristigen Aufenthalt, die in einem EU-Staat nach nationalem Recht ausgestellt wurden, auch in den anderen Schengen-Ländern in beschränktem Umfang Reisefreiheit bekommen.

EUGH BEANSTANDET ORGANISATION DES DATENSCHUTZES IM NICHT-ÖFFENTLICHEN BEREICH IN DEUTSCHLAND

Der Europäische Gerichtshof hat der Klage der Kommission gegen Deutschland stattgegeben und eine Verletzung der EU-Datenschutzrichtlinie festgestellt. Die Unterstellung der Kontrollstellen für die Überwachung der Verarbeitung personenbezogener Daten im nicht-öffentlichen Bereich unter staatliche Aufsicht verletze die Vorgabe der Richtlinie, wonach die Stellen ihre Aufgaben in „völliger Unabhängigkeit“ wahrnehmen müssen (C-518/07).

<http://curia.europa.eu/jurisp/cgi-bin/form.pl?lang=de>



EUGH: RÜCKNAHME EINER EINBÜRGERUNG TROTZ VERLUST DER UNIONSBÜRGERSCHAFT MÖGLICH

Der Europäische Gerichtshof sieht in der Rücknahme einer Einbürgerung, die durch Täuschung erlangt wurde, keinen Verstoß gegen EU-Recht, auch wenn der Betroffene dadurch die Unionsbürgerschaft verliert, sofern der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit gewahrt wird (C-135/08).

<http://curia.europa.eu/jurisp/cgi-bin/form.pl?lang=de>

EUGH BILLIGT WIDERRUF DER FLÜCHTLINGSANERKENNUNG BEI ERHEBLICHER ÄNDERUNG DER UMSTÄNDE IM HERKUNFTSLAND

Der Europäische Gerichtshof hat ein Grundsatzurteil zur Auslegung der Asylqualifikationsrichtlinie verkündet. Danach erlischt die Flüchtlingseigenschaft, wenn sich die verfolgungsrelevanten Umstände im Verfolgerstaat erheblich und nicht nur vorübergehend ändern und dem Betroffenen nicht aus anderen Gründen Verfolgung droht. (C-175/08, C-176/08, C-178/08 und C-179/08).

<http://curia.europa.eu/jurisp/cgi-bin/form.pl?lang=de>

10 JAHRE BÜROGEMEINSCHAFT DER EUROPABÜROS DER BADEN-WÜRTTEMBERGISCHEN, BAYERISCHEN UND SÄCHSISCHEN KOMMUNEN IN BRÜSSEL

Die Brüsseler Europabüros der baden-württembergischen, bayerischen und sächsischen Kommunen haben am 02.03.2010 aus Anlass des 10. Jahrestages der Bildung ihrer Bürogemeinschaft eine Konferenz „Europäischer Kurswechsel – Mehr kommunale Mitbestimmung durch den Lissabon-Vertrag“ im Ausschuss der Regionen und einen Empfang im historischen Rathaus der Stadt Brüssel veranstaltet. Redner beim Abendempfang waren u. a. Kommissar *Günther Oettinger* und Staatsministerin *Emilia Müller*.

Geschäftsbereich Staatsministerium der Justiz und für Verbraucherschutz

EUROPA 2020: GESCHÄFTSBEREICH DES STMJV

Die Strategie Europa 2020 enthält für den Geschäftsbereich des StMJV vor allem Vorschläge im Bereich des Verbraucherrechts, des Vertragsrechts sowie zur Verbesserung des Schutzes der Rechte am geistigen Eigentum und deren Durchsetzung.



**PLENARSITZUNG DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS VOM 09. -
11.3.2010 IN STRASSBURG**

KEINE BILANZIERUNG FÜR KLEINSTUNTERNEHMEN

Das Plenum hat sich mit 445 Ja- und 196 Neinstimmen bei 21 Enthaltungen dafür ausgesprochen, dass die Mitgliedstaaten Kleinunternehmen von der Bilanzierungspflicht befreien können.

ENTSCHLIESSUNG ZUM VERBRAUCHERSCHUTZ

Das Plenum fasste eine EntschlieÙung zum Verbraucherschutz, die sich mit zahlreichen Fragen der künftigen Verbraucherschutzpolitik der EU befasst.

TAGUNG DES JI-RATES AM 25./26.2.2010 IN BRÜSSEL

RICHTLINIE ZUR EUROPÄISCHEN SCHUTZANORDNUNG (ESA)

Der Rat führte eine Orientierungsaussprache zum Richtlinienentwurf zur Europäischen Schutzanordnung (ESA).

**ENTSCHLIESSUNG DES RATES ZU EINEM MODELL FÜR EINE VEREIN-
BARUNG ÜBER DIE BILDUNG EINER GEMEINSAMEN ERMITTLUNGS-
GRUPPE (GEG)**

Der Rat nahm eine (rechtlich unverbindliche) EntschlieÙung für eine Modellvereinbarung zur Bildung Gemeinsamer Ermittlungsgruppen (GEG) an.

**WETTBEWERBSFÄHIGKEITSRAT AM 01.03.2010: RECHTE DES GEISTI-
GEN EIGENTUMS**

Der Rat für Wettbewerbsfähigkeit hat am 01.03.2010 eine EntschlieÙung zur Verbesserung der Durchsetzung von Rechten des geistigen Eigentums verabschiedet.

**RICHTLINIE ÜBER DIE RECHTE AUF DOLMETSCHLEISTUNGEN UND
AUF ÜBERSETZUNG IN STRAFVERFAHREN: KOMMISSION CONTRA
RAT**

Dem Europäischen Parlament liegen nunmehr zwei parallele Gesetzgebungsinitiativen der Mitgliedstaaten einerseits und Kommission andererseits vor, die



beide das Recht auf Dolmetschleistungen und Übersetzung im Strafverfahren behandeln. Hintergrund ist ein Machtkampf der Institutionen, nach dem Inkrafttreten des Vertrages von Lissabon die strafrechtlichen Themenfelder zu besetzen.

VERBRAUCHERGIPFEL AM 18./19.03.2010 IN BRÜSSEL

Die Kommission veranstaltet am 18. und 19.03.2010 in Brüssel zum zweiten Mal den Europäischen Verbrauchergipfel.

GENERALANWALT NIMMT ZUR BIOPATENTRICHTLINIE STELLUNG

In einem niederländischen Vorabentscheidungsverfahren (C-428/08) sprach sich Generalanwalt *Paolo Mengozzi* für einen eingeschränkten Patentschutz für Gensequenzen nach der Biopatentrichtlinie (98/44/EG) aus.

Geschäftsbereich Staatsministerium der Finanzen

EUROPA 2020: GESCHÄFTSBEREICH DES STMF

Die EU-Kommission hat am 03.03.2010 mit einer Mitteilung ihre neue Strategie Europa 2020 vorgestellt. Prioritäten sind intelligentes, grünes und integratives Wachstum. Hierzu werden fünf quantitative Ziele (Beschäftigungsquote von 75 %; Aufwendung von 3 % des BIP für Forschung und Entwicklung, Erreichung der 20-20-20 Klimaschutz- und Energieziele; Anteil der Schulabbrecher unter 10 %, Anteil der jungen Bevölkerung mit Hochschulabschluss von 40%; 20 Millionen weniger armutsgefährdete Personen) und sieben Leitinitiativen festgelegt. Der Europäische Rat trägt die Verantwortung für die neue Strategie. Aus Sicht der Kommission müssen die Prioritäten der neuen Strategie auch im nächsten mehrjährigen Finanzrahmen berücksichtigt werden. Grundlage für die Verwirklichung der Ziele der neuen Strategie sind glaubwürdige Ausstiegsstrategien aus den laufenden haushalts- und geldpolitischen Unterstützungsmaßnahmen. Angekündigt werden Kommissionsvorschläge zu einer stärkeren Koordinierung innerhalb der Wirtschafts- und Währungsunion. Nach den Vorstellungen der Kommission soll der Europäische Rat bereits im März das Gesamtkonzept und die Kernziele der Strategie bestätigen. Im Juni sollen die Einzelheiten der Strategie bestätigt werden.

<http://ec.europa.eu/eu2020/pdf/COMPLET%20%20DE%20SG-2010-80021-06-00-DE-TRA-00.pdf>



EUROPA 2020: ENTSCHEIDUNG DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS

Das Europäische Parlament hat am 10.03.2010 eine Entschließung zur neuen Strategie Europa 2020 verabschiedet. Das Parlament begrüßt, dass in der neuen Strategie weniger, dafür aber realistische und besser quantifizierbare Ziele festgelegt werden. Ein besonderes Anliegen des Parlaments ist eine starke europäische Governance für die neue Strategie. Das Parlament fordert deshalb die Kommission auf, Vorschläge für mögliche Sanktionen für Mitgliedstaaten, die Europa 2020 nicht umsetzen, vorzulegen. Notwendig sei auch eine engere wirtschaftliche Koordinierung zwischen den Ländern innerhalb der Wirtschafts- und Währungsunion.

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2010-0053+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

KONSULTATION ZU WEITEREN MÖGLICHEN ÄNDERUNGEN DER EIGENKAPITALVORSCHRIFTEN

Die EU-Kommission hat am 26.02.2010 eine öffentliche Konsultation zu etwaigen weiteren Änderungen an den geltenden Eigenkapitalvorschriften („CRD“) gestartet. Bei der jetzt gestarteten Konsultation zu weiteren Änderungen der Eigenkapitalvorschriften („CRD IV“) geht es u. a. um Änderungen in folgenden Bereichen: Liquiditätsstandards, Definition des Eigenkapitals, Leverage Ratio (Einführung einer maximalen Verschuldungsquote), antizyklische Eigenkapitalvorschriften, Umgang mit systemrelevanten Finanzinstituten, Einheitliches Regelwerk für Banken. Alle interessierten Kreise sind aufgerufen, sich bis 16.04.2010 an der Konsultation zu beteiligen. Die Ergebnisse werden in einen Rechtsetzungsvorschlag einfließen, der in der zweiten Jahreshälfte 2010 vorgelegt werden soll.

http://ec.europa.eu/internal_market/bank/regcapital/index_de.htm

UMSETZUNG DES LISSABON-VERTRAGES IM HAUSHALTSBEREICH

Die EU-Kommission hat am 03.03.2010 ihre Vorschläge zur Umsetzung des Lissabon-Vertrages im Haushaltsbereich vorgelegt. Im Zuge des Lissabon-Vertrages wurde der bisher lediglich in einer interinstitutionellen Vereinbarung festgelegte mehrjährige Finanzrahmen rechtlich verankert. Nach dem neuen Art. 312 AEUV erlässt der Rat einstimmig – mit Zustimmung des Parlaments – eine Verordnung zur Festlegung des mehrjährigen Finanzrahmens. Kern der Kommissionsvorschläge vom 03.03.2010 ist dem entsprechend die technische



Überführung des geltenden Finanzrahmens von der bisherigen interinstitutionellen Vereinbarung in eine Verordnung. Die Kommission schlägt dabei keine inhaltlichen Änderungen am Finanzrahmen 2007 bis 2013 vor.

http://ec.europa.eu/budget/other_main/what_new_de.htm

ENTSCHLIESSUNG DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS ZUR FINANZTRANSAKTIONSSTEUER

Das Europäische Parlament hat am 10.03.2010 eine Entschließung zum Thema Finanztransaktionssteuer angenommen. Das Parlament spricht sich für eine einheitliche Position der EU in den Diskussionen auf G-20-Ebene aus. Die EU-Kommission wird aufgefordert, eine umfassende Folgenabschätzung für die Einführung einer Finanztransaktionssteuer vorzunehmen, und zwar sowohl im Hinblick auf eine Einführung auf globaler Ebene als auch auf eine Einführung auf EU-Ebene im Alleingang. Aus Sicht des Parlaments muss auch geprüft werden, wie eine Steuer auf Finanzgeschäfte - ggf. durch Entwicklung innovativer Finanzmechanismen - als Beitrag zum EU-Haushalt ausgestaltet werden kann. Das Parlament zieht also auch eine Ausgestaltung der Finanztransaktionssteuer als EU-Steuer, bzw. als sonstige Einnahmequelle für die EU in Betracht, was seitens des Freistaats Bayern stets mit Nachdruck abgelehnt wird.

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2010-0056+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

BÜROKRATIEABBAU FÜR KLEINSTUNTERNEHMEN

Das Europäische Parlament hat am 10.03.2010 mit großer Mehrheit eine legislative Entschließung zum Vorschlag für eine Richtlinie über den Jahresabschluss von Gesellschaften bestimmter Rechtsformen im Hinblick auf Kleinunternehmen angenommen. Der Richtlinienvorschlag geht zurück auf einen Vorschlag der High Level Group zum Bürokratieabbau. Danach können die Mitgliedstaaten Kleinunternehmen von der Pflicht befreien, einen Jahresabschluss zu erstellen. Die Befreiung würden Unternehmen erhalten, die zwei der drei folgenden Kriterien erfüllen: nicht mehr als zehn Mitarbeiter, Bilanzsumme höchstens 500.000 Euro, Nettoumsatz höchstens 1 Mio. Euro. Im Rat gibt es für die Maßnahme derzeit allerdings nicht die notwendige Mehrheit. Deutschland gehört zu den Befürwortern des Vorschlags.

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7->



[TA-2010-0052+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE](#)

ENTSCHLIESSUNG DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS ZUM EINHEITLICHEN EURO-ZAHLUNGSVERKEHRSRAUM

Das Europäische Parlament hat am 10.03.2010 eine Entschließung zur Verwirklichung des Einheitlichen Euro-Zahlungsverkehrsraums (SEPA) angenommen. Das Parlament setzt sich nachdrücklich für die Schaffung des Einheitlichen EURO-Zahlungsverkehrsraums ein, in dem nicht zwischen grenzüberschreitenden und nationalen Zahlungen unterschieden wird. Bis spätestens Ende 2012 sollen alle Zahlungen in Euro unter Verwendung der SEPA-Standards erfolgen. Die Kommission wird aufgefordert, einen verbindlichen Termin für den Abschluss der Umstellung auf SEPA-Instrumente festzulegen.

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2010-0057+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

SCHLUSSANTRÄGE DES ZUSTÄNDIGEN EUGH-GENERALANWALTES ZUM DEUTSCHEN GLÜCKSSPIELRECHT

Der zuständige Generalanwalt beim EuGH hat am 04.03.2010 seine Schlussanträge in sechs verbundenen Verfahren zum deutschen Glücksspielrecht gestellt. In den Verfahren geht es um Verbote für Vermittler bzw. Veranstalter von Sportwetten in Hessen, Baden-Württemberg und Schleswig-Holstein. Die betreffenden Unternehmen verfügen über österreichische, britische oder maltesische Lizenzen für die Veranstaltung von Sportwetten. Nach Auffassung des Generalanwalts sind Monopole und andere Beschränkungen im Glücksspielsektor zulässig, wenn sie keine Diskriminierung aufgrund der Staatsangehörigkeit schaffen, ein im Allgemeininteresse liegendes Ziel – wie die Verminderung der Spielgelegenheiten oder die Verhütung von Straftaten – verfolgen sowie verhältnismäßig und kohärent seien. Die Beurteilung dieser Anforderungen sei Sache der nationalen Gerichte. Der EuGH ist nicht an die Schlussanträge gebunden, folgt diesen aber in vielen Fällen.

<http://curia.europa.eu/jurisp/cgi-bin/form.pl?lang=de&newform=newform&alljur=alljur&jurcdj=jurcdj&jurtpi=jurtpi&jurtfp=jurtfp&docop=docop&alldocnorec=alldocnorec&docnoj=docnoj&docnoor=docnoor&radtypeord=on&typeord=ALL&docnodecision=docnodecision&allcommjo=allcommjo&affint=affint&affclose=affclose&numaff=&ddatefs=04&mdatefs=03&ydatefs=2010&ddatefe=04&mdatefe=03&ydatefe=2010&nomusuel=&do>



[maine=&mots=&resmax=100&Submit=Suchen](#)

Geschäftsbereich Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie

TAGUNG DES RATES WETTBEWERBSFÄHIGKEIT AM 1. MÄRZ 2010

In seiner Tagung am 1. März 2010 hat der Wettbewerbsfähigkeitsrat Schlussfolgerungen zur Industriepolitik verabschiedet. Zur Vorbereitung des Europäischen Frühjahrsgipfels hielt er eine Aussprache zur Strategie für Wachstum und Beschäftigung – EU 2020. Darin ging es u. a. um die Rolle des Wettbewerbsfähigkeitsrates im Rahmen dieser Strategie. Weiter beschloss der Rat eine Entschließung zur besseren Durchsetzung des Rechts am geistigen Eigentum im Binnenmarkt.

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/intm/113105.pdf

EUROPA 2020: GESCHÄFTSBEREICH DES STMWIVT

Für den Bereich des StMWIVT sind zwei der drei Schlüsselemente für das Wachstum im Rahmen der EU-2020-Strategie besonders hervorzuheben. Dies sind intelligentes Wachstum (Förderung von Wissen, Innovation und Bildung sowie der digitalen Gesellschaft) und nachhaltiges Wachstum (ressourceneffizientere Produktion bei gleichzeitiger Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit). Im Bereich des dritten Schlüsselements „integratives Wachstum“ ist die Erhöhung der Beschäftigungsquote ebenfalls einschlägig.

KOMMISSION GIBT ZWEITEN TEIL DER AUS DEM KONJUNKTURPAKET GEFÖRDERTEN GAS- UND STROMLEITUNGSPROJEKTE BEKANNT

Die Kommission hat am 4. März 2010 den Weg zur Förderung von 43 Gas- und Stromleitungsprojekten in der EU freigemacht. Ganz oben auf der Förderliste steht u. a. die Gaspipeline Nabucco, die mit 200 Mio. € gefördert wird. Die für Bayern bedeutsame neue Verbindungsleitung von Halle/Saale bis Schweinfurt wird mit 100 Mio. € gefördert. Dabei handelt es sich um eine 380 KV-Hochspannungsleitung durch den Thüringer Wald. Projektträger sind die Vattenfall Europe Transmission GmbH und die Transpower-Stromübertragungs-GmbH.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/231&format=H>



[TML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en](#)

KOMMISSION KONSULTIERT ZU MÖGLICHEN WEITEREN ÄNDERUNGEN DER EIGENKAPITALVORSCHRIFTEN

Die Europäische Kommission hat am 26. Februar 2010 eine öffentliche Konsultation zu weiteren Änderungen an den geltenden Eigenkapitalvorschriften (kurz: CRD – Capital Requirements Directive) gestartet, die den Bankensektor und das gesamte Finanzsystem krisenfester machen sollen. Die vorgeschlagenen Änderungen spiegeln mehrheitlich die Vereinbarungen der Staats- und Regierungschefs im Rahmen der G20-Gipfel 2009 in London und Pittsburgh wieder. Die Konsultation läuft bis zum 16. April 2010. Im Einzelnen s. Beitrag im Bereich des StMF.

http://ec.europa.eu/internal_market/bank/regcapital/index_de.htm

KOMMISSION VERLÄNGERT DEUTSCHE REGELUNG FÜR EXPORTKREDITE

Die Europäische Kommission hat am 09. März 2010 die Beihilferegelung Deutschlands für Exportkredite verlängert. Deutschland kann Unternehmen damit bis 31. Dezember 2010 weiter mit Ausfuhrkrediten unterstützen.

KARMANN-MITARBEITER ERHALTEN UNTERSTÜTZUNG AUS EU-GLOBALISIER-UNGSFONDS

EU-Ministerrat und Europäisches Parlament haben am 8. bzw. 9. März 2010 der Freigabe der Mittel aus dem EU-Globalisierungsfonds in Höhe von 6,2 Mio. € für 1793 ehemalige Mitarbeiter des Osnabrücker Automobilzulieferers Karmann zugestimmt. Das Geld soll bei der Suche nach neuen Arbeitsplätzen helfen und muss innerhalb eines Jahres genutzt werden.

http://www.europarl.europa.eu/news/expert/infopress_page/034-70128-067-03-11-905-20100308IPR70127-08-03-2010-2010-false/default_de.htm

EU WILL NEUE UN-STANDARDS FÜR ELEKTRO- UND HYBRIDFAHRZEUGE ÜBERNEHMEN

Die Europäische Kommission hat die am 10. März 2010 beschlossenen UN-Sicherheitsstandards für Elektro- und Hybridfahrzeuge begrüßt und angekündigt, dass sie diese auch in EU-Recht übernehmen wolle. Die technischen Vorschriften, die von der UN-Wirtschaftskommission für Europa (United Nati-



ons Economic Commission for Europe – UNECE) verabschiedet worden ist, sollen sicherstellen, dass Fahrzeuge mit einem Hochspannungselektrogetriebe, wie Hybrid- und Vollelektrofahrzeuge, genauso sicher wie konventionelle Fahrzeuge sind. Damit soll auch eine baldige breite Markteinführung unterstützt werden.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/260&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

Geschäftsbereich Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

EUROPA 2020: GESCHÄFTSBEREICH DES STMELF

Die Kommission hat am 3.03.2010 die Strategie Europa 2020 unter dem Titel „Eine Strategie für intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum vorgestellt“. An ihren Inhalten werden die politischen Strategien und Ziele, insbesondere zur Überwindung der Wirtschaftskrise in den kommenden Jahren, abgeleitet. Unter dem Leitbild ressourcenschonendes Europa wird Bezug auf die Landwirtschaft genommen, etwa hinsichtlich deren Beitrag im Kampf gegen den Klimawandel, die Erreichung der Ziele zur Emissionsverringerung und der Erhaltung der Artenvielfalt. Eine Aufgabe der Landwirtschaft ist es, zur Verbesserung der globalen Ernährungssicherheit beizutragen. Im Zusammenhang mit dem kommenden mehr-jährigen Finanzrahmen soll erörtert werden, wie der Landwirtschaftsfonds (Fonds für die Entwicklung des ländlichen Raums) einen wirkungsvollen und effizienten Mehrwert gewährleisten kann. Bei den außenwirtschaftlichen Instrumenten wird die Landwirtschaft als innenpolitische Kompetenz genannt, um durch Mitwirkung an den weltweiten offenen Märkten das Wachstum in Europa zu beschleunigen.

<http://ec.europa.eu/eu2020/pdf/COMPLET%20%20DE%20SG-2010-80021-06-00-DE-TRA-00.pdf>

ÖKOLOGISCHER LANDBAU IN DER EU NIMMT ZU

Laut einer Veröffentlichung von Eurostat stieg der Anteil der in der EU ökologisch bewirtschafteten Fläche im Jahr 2008 um 7 % im Vergleich zu 2007, sodass nun eine Gesamtfläche von 7,8 Mio. Hektar für den ökologischen Landbau genutzt wird. Betrachtet man die Zahlen für die EU-25 so lässt sich sogar ein Anstieg um 21 % zwischen 2005 und 2008 feststellen. Die Mitgliedstaaten mit der, absolut betrachtet, größten ökologisch bewirtschafteten Fläche



sind Spanien (1,3 Mio. ha), Italien (1,0 Mio. ha), Deutschland (0,9 Mio. ha), das Vereinigte Königreich (0,7 Mio. ha) und Frankreich (0,6 Mio. ha). Der Anteil der ökologisch genutzten Flächen im Verhältnis zur landwirtschaftlich genutzten Fläche beträgt in Deutschland 5,1 %.

http://epp.eurostat.ec.europa.eu/cache/ITY_PUBLIC/5-01032010-BP/DE/5-01032010-BP-DE.PDF

GRÜNBUCH ZUM WALDSCHUTZ UND WALDINFORMATION IN DER EU VERÖFFENTLICHT

Die Kommission hat am 01.03.2010 ein Grünbuch zum „Waldschutz und Waldinformation in der EU. Vorbereitung der Wälder auf den Klimawandel“ verabschiedet. Inhalte des Grünbuchs sind ein Ausblick über die wichtigsten Herausforderungen, die die Wälder Europas im Kampf gegen den Klimawandel bewältigen müssen, Informationen über verfügbare Instrumente zum Schutz der Wälder und ein Überblick über bestehende Waldinformationsinstrumente. Zuletzt wird die Frage zu künftigen politischen Optionen aufgeworfen. Die Kommission wird nach Abschluss einer Konsultation entscheiden, ob auf europäischer Ebene weitere Initiativen erforderlich sind. Die Zuständigkeit für Forstwirtschaft liegt in erster Linie bei den Mitgliedstaaten.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/207&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>
http://ec.europa.eu/environment/consultations/forests_en.htm

KOMMISSION VERSTÄRKT BIOMASSE-NUTZUNG

Die Europäische Kommission hat am 11.03.2010 eine großangelegte Forschungsinitiative zur Verbesserung und Verstärkung der nachhaltigen Nutzung von Biomasse gestartet. Ins-gesamt werden 52 Mio. EUR zur Verfügung gestellt, um mit Hilfe von Bioraffinerie-Technologie biologische Rohstoffe in Energie und andere wertvolle Ressourcen umzuwandeln. Für die Initiative werden Universitäten, Forschungsinstitute und Industrien aus 20 Ländern zusätzlich 28 Mio. EUR bereitstellen.

<http://ec.europa.eu/research/index.cfm?pg=newsalert&lg=en&year=2010&na=na-010310>



GVO: ZULASSUNG VON AMFLORA UND VON DREI GVO-MAISSORTEN – KOMMISSION KÜNDIGT MÖGLICHKEIT FÜR NATIONALE ANBAUVERBOTE AN

Die Kommission hat am 2.03.2010 den Anbau der gentechnisch veränderten Kartoffelsorte Amflora (BASF) zu industriellen Zwecken genehmigt und für drei GVO-Maissorten Zulassungen für das Inverkehrbringen sowie zur Verarbeitung als Lebens- und Futtermittel erteilt. Daneben kündigte Kommissar *Dalli* an, dass noch in diesem Sommer ein Regelungsvorschlag erfolgen werde, der es den Mitgliedstaaten künftig erlaubt, selbst über den Anbau von GVO zu entscheiden (s. hierzu Bericht des StMUG in diesem EB).

http://ec.europa.eu/food/food/biotechnology/index_en.htm

KOMMISSION VERÖFFENTLICHT AKTUALISIERTE STUDIE ZUR LANDWIRTSCHAFT UND DEM LÄNDLICHEN RAUM „SCENAR 2020“

Eine aktualisierte Version der „Szenario 2020 Studie“, deren Ziel es ist, zukünftige Trends in der Landwirtschaft zu erkennen und zu untersuchen, wie sich der Sektor bei unterschiedlichen, teils extremen, Szenarien entwickelt, wurde von der Kommission vorgestellt. Die verschiedenen Szenarien zeigen, dass Veränderungen in der GAP sowie in der Handelspolitik mehr Einfluss auf die Einkommen und die Anzahl der landwirtschaftlichen Betriebe habe als auf die landwirtschaftliche Produktion.

<http://ec.europa.eu/agriculture/newsroom/en/385.htm>

Geschäftsbereich Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen

BESCHÄFTIGUNGS- UND SOZIALMINISTERRAT: DISKUSSION ÜBER STRATEGIE „EUROPA 2020“ ZUR VORBEREITUNG DER TAGUNG DES EUROPÄISCHEN RATES

Im Mittelpunkt der Tagung des Beschäftigungs- und Sozialministerrats am 8. März 2010 stand ein Austausch über die Strategie „Europa 2020“ zur Vorbereitung des EU-Gipfels am 25./26. März 2010. Die Eckpunkte der von der Europäischen Kommission am 3. März 2010 vorgelegten Agenda „Europa 2020“ (siehe weiterer Bericht in diesem EB), die die Lissabon-Strategie für Wachstum und Beschäftigung ablösen soll, stellte EU-Sozialkommissar *László Andor* vor. Zudem nahmen die Minister Schlussfolgerungen zur Beseitigung von Gewalt



gegen Frauen an, einem Schwerpunktthema der für Herbst 2010 angekündigten Gleichstellungsstrategie 2010 - 2015, und erzielten eine Einigung zum Richtlinienvorschlag bzgl. einer Sozialpartnervereinbarung zur Vermeidung von Verletzungen durch scharfe, bzw. spitze Gegenstände im Krankenhaus- und Gesundheitssektor (sog. „Nadelstich-Richtlinie“).

<http://www.consilium.europa.eu/App/TransparencyCouncil/default.aspx?cmsid=1119&lang=de>

EUROPA 2020: GESCHÄFTSBEREICH DES STMAS

Die Europäische Kommission hat am 3. März 2010 ihre Mitteilung „Europa 2020: Eine Strategie für intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum“ vorgestellt als Nachfolgeagenda der Lissabon-Strategie für Wachstum und Beschäftigung. Der Fahrplan versteht sich als Beitrag zur Überwindung der Krise und Vorbereitung der europäischen Wirtschaft auf die nächsten zehn Jahre. Drei Schlüsselemente für das Wachstum werden dabei herausgestellt, die auf der europäischen und mitgliedstaatlichen Ebene umgesetzt werden sollen: intelligentes (Entwicklung einer auf Wissen und Innovation gestützten Wirtschaft), nachhaltiges (Förderung einer ressourcenschonenden, umweltfreundlicheren und wettbewerbsfähigeren Wirtschaft) und integratives Wachstum (Förderung einer Wirtschaft mit hoher Beschäftigung und wirtschaftlichem, sozialem und territorialem Zusammenhalt). Dazu schlägt die Kommission fünf Ziele vor, u.a. die Steigerung der Beschäftigungsquote der 20- bis 64-Jährigen auf 75 Prozent und die Senkung der Zahl der von Armut bedrohten Menschen um 20 Millionen. Um diese Ziele umzusetzen, benennt die Mitteilung sieben Leitinitiativen, u.a. „Jugend in Bewegung“, „Eine Agenda für neue Kompetenzen und neue Beschäftigungsmöglichkeiten“ sowie eine „Europäische Plattform zur Bekämpfung der Armut“.

http://ec.europa.eu/commission_2010-2014/president/news/statements/2010/03/20100309_1_de.htm

GLEICHSTELLUNG: „CHARTA FÜR FRAUEN“ UND BEKRÄFTIGUNG DES ZIELS DES ABBAUS DES GESCHLECHTSSPEZIFISCHEN LOHNGEFÄLLES

Im Vorfeld des Internationalen Frauentags am 8. März 2010 hat die EU-Kommission ihr Engagement zur Gleichstellung von Frauen und Männern bekräftigt. Zu dieser Initiative zählt eine „Charta für Frauen“, die Kommissions-



präsident *José Manuel Barroso* bereits gegenüber dem Europäischen Parlament (EP) als Schwerpunkt seiner zweiten Amtszeit angekündigt hatte, und die am 5. März 2010 in Brüssel präsentiert wurde. Daneben stellte *Viviane Reding*, Kommissarin für Justiz, Grundrechte und Bürgerschaft, eine neue Eurobarometer-Umfrage vor, nach der mehr als 80 Prozent der Europäer sofortige Maßnahmen zur Verringerung der geschlechtsspezifischen Lohnunterschiede begrüßen, und schloss dabei erneut, wie in ihrer Anhörung im EP, auch legislative Maßnahmen nicht aus. Die durchschnittliche geschlechtsspezifische Lohndifferenz beträgt in der EU derzeit 18 Prozent, wobei Deutschland mit 23,2 Prozent den fünftletzten Stellenwert einnimmt. An erster Stelle liegt dieser Statistik zufolge Italien mit 4,9 Prozent.

<http://ec.europa.eu/social/main.jsp?langId=de&catId=89&newsId=726&furtherNews=yes>

Geschäftsbereich Staatsministerium für Unterricht und Kultus

KOMMISSIONSMITTEILUNG ZUR EUROPA 2020-STRATEGIE SCHLÄGT KONKRETE ZIELE UND INITIATIVEN FÜR DEN BILDUNGSBEREICH VOR

Mit der Mitteilung zu Europa 2020 stellt die Kommission ihre Strategie vor, wie Europa bis zum Jahr 2020 durch intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum neue Arbeitsplätze und mehr Lebensqualität schaffen kann. Zu diesem Zweck plant die Kommission fünf messbare Kernziele für die EU-Ebene, die anschließend in nationale Ziele umgesetzt und bis 2020 verwirklicht werden sollen: So soll im Bildungsbereich das Problem der Schulabbrecher angegangen und die Schulabbrecherquote von derzeit 15 % auf 10 % reduziert und gleichzeitig der Anteil der Bevölkerung im Alter zwischen 30 und 34 Jahren, der ein Hochschulstudium abgeschlossen hat, von derzeit 31 % bis 2020 auf mindestens 40 % gesteigert werden. Zur Verwirklichung der Strategie werden insgesamt sieben Leitinitiativen vorgestellt: Während „Jugend in Bewegung“ die europäischen Bildungssysteme leistungsfähiger machen und die Mobilität fördern soll, sollen mit der „Agenda für neue Kompetenzen und neue Beschäftigungen“ den Menschen durch den lebenslangen Erwerb von Qualifikationen neue Möglichkeiten eröffnet werden.

<http://ec.europa.eu/eu2020/pdf/COMPLET%20%20DE%20SG-2010-80021-06-00-DE-TRA-00.pdf>



KOMMISSION VERÖFFENTLICHT STUDIE ZUR FREIWILLIGENTÄTIGKEIT IM SPORT

Einer von der Kommission veröffentlichten Studie zufolge engagiert sich ein beträchtlicher Anteil der erwachsenen EU-Bevölkerung freiwillig im Bereich des Sports. Die Tätigkeit der Freiwilligen wird vorrangig aus öffentlichen Mitteln finanziert, wenngleich in den letzten Jahren der Anteil privater Finanzierungen stark zugenommen hat. Kritisch werden die wachsenden Anforderungen gesehen, die an Freiwillige vor allem im Sportbereich gestellt werden.

Die Studie sowie eine Zusammenfassung und Berichte zur Situation in den einzelnen Mitgliedstaaten stehen auf Englisch unter folgender Internetadresse zur Verfügung:

http://ec.europa.eu/sport/news/news900_en.htm

Geschäftsbereich Staatsministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst

EUROPA 2020: GESCHÄFTSBEREICH DES STMWFK

Die Europäische Kommission erklärt das Ziel, Europa 2020 zu einer Innovationsunion resultierend aus Forschung, Entwicklung (FuE) und innovationsbasierendem Wachstum. An dem 3 % Ziel des BIP für FuE hält die Kommission fest, zudem fordert sie eine Hochschulabschlussquote von 40 % der Bevölkerung.

In der Leitinitiative „Innovationsunion“ erklärt sich die Kommission als verpflichtet, den Europäischen Forschungsraum zu vollenden, einen strategischen Forschungsplan für die großen zukünftigen Herausforderungen (Energieversorgungssicherheit, Verkehr, Klima, Alterung der Bevölkerung) zu verwirklichen. An die Mitgliedstaaten erhebt die Kommission die Forderung nach steuerlicher Unterstützung für FuE und einer gemeinsamen Programmplanung, insbesondere, ihre nationalen Förderverfahren der EU hin zu EU-weiten abgestimmten Förderprogrammen anzupassen.

Hinsichtlich der Hochschulbildung schreibt sich die Kommission für das kommende Jahrzehnt die Aufgabe zu, nationale Förderprogramme mit dem Produkt von integrierten EU-Mobilitäts-, Hochschul- und Forschungsprogrammen der EU zu verknüpfen. Darüber hinaus kündigt sie ein Modernisierungsprogramm für die Hochschulen an.



FORSCHUNG: WETTBEWERBSRAT 02.03.2010

Im Mittelpunkt des Wettbewerbsrats stand die Strategie Europa 2020, EU-Kommissarin *Geoghegan-Quinn* kündigte die Einrichtung einer Expertengruppe für Indikatorendefinitionen an.

Weiterhin befassten sich die Forschungsminister mit der Evaluierung des Europäischen Forschungsrates, der Gouvernancefrage des Europäischen Forschungsraumes, der Mobilität und den Berufsaussichten europäischer Forscher sowie der Kostenexplosion des Fusionsreaktors ITER.

EUROPÄISCHE INVESTITIONSBANK BEWILLIGT 325 MIO. EUR FÜR DAS GASTHUISBERG UNIGELÄNDE FÜR GESUNDHEITSWISSENSCHAFTEN

Mit einem Kredit von 325 Mio. EUR unterstützt die Europäische Investitionsbank die Katholieke Universiteit Leuven (Löwen) und das Universitätsklinikum Löwen zum Bau eines neuen Zentrums für Exzellenz in Forschung, Lehre und Krankenversorgung.

<http://www.eib.org/index.htm>

AUSWIRKUNGEN DER BOLOGNAREFORMEN – TRENDREPORT DER EUROPEAN UNIVERSITY ASSOCIATION (EUA)

Der EUA „Trends 2010“ Report zeigt den Grad der Umsetzungen und die Auswirkungen des Bologna-Prozesses auf die Hochschulen, basierend auf Forschungsbesuchen in 16 Ländern und Umfragen an 821 Universitäten und 27 nationalen Universitätsverbänden. Als Fazit wird festgehalten, dass eine Grundlage für einen gemeinsamen europäischen Hochschulraum geschaffen wurde, eine Förderung der Mobilität allerdings noch nicht zu erkennen und die Anerkennung der neuen Abschlüsse auf dem Arbeitsmarkt problembehaftet sei.

http://www.eua.be/fileadmin/user_upload/files/Publications/EUA_Trends_2010.pdf

KULTUR: KOMMISSIONSVORSCHLAG FÜR EUROPÄISCHES KULTUR-ERBE-SIEGEL

Zur Förderung des europäischen Kulturerbes, schlug die Kommission die EU-weite Initiative zur Vergabe des „Europäischen Kulturerbe-Siegels“ vor. Aus jedem Mitgliedstaat kann jährlich eine Stätte das Siegel erhalten. Wegen der fehlenden Berücksichtigung der unterschiedlichen Mitgliedsstaatengrößen



steht dieser Vorschlag in der Kritik der größeren Mitgliedstaaten.

http://ec.europa.eu/culture/our-programmes-and-actions/doc2519_de.htm

Geschäftsbereich Staatsministerium für Umwelt und Gesundheit

ERGEBNISSE DES RATES „BESCHÄFTIGUNG, SOZIALPOLITIK, GESUNDHEIT UND VERBRAUCHERSCHUTZ“ AM 08.03.2010 IN BRÜSSEL – BEREICH GESUNDHEIT

Am 08.03.2010 tagte der Rat „Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz“ (EPSCO) in Brüssel (s. Beitrag des StMAS in diesem EB). Dabei haben die Arbeits- und Sozialminister der Mitgliedstaaten ohne substantielle Aussprache einstimmig eine politische Einigung hinsichtlich der Richtlinie zur Durchführung der von HOSPEEM (Europäische Arbeitgebervereinigung für Kliniken und Gesundheitswesen) und EGÖD (Europäischer Gewerkschaftsverband für den öffentlichen Dienst) geschlossenen Rahmenvereinbarung zur Vermeidung von Verletzungen durch scharfe/spitze Instrumente im Krankenhaus- und Gesundheitssektor erzielt. Die neue Rechtsvorschrift, die auf einem der folgenden Räte noch formal angenommen werden muss, bezweckt, Verletzungen von Arbeitnehmern, u. a. durch Nadelstiche, zu vermeiden und dadurch den Arbeitsschutz für rund 3,5 Millionen Beschäftigte in diesem Sektor zu erhöhen. Zuvor hatte das Europäische Parlament den Vorschlag der Kommission für eine Richtlinie zur Durchführung der Vereinbarung vom 26.10.2009 in seiner Entschließung vom 11.02.2010 befürwortet (s. EB 04/2010).

Ergebnisse der Tagung:

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/lisa/113230.pdf

Richtlinie:

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/lisa/113210.pdf

PLENUM DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS VOM 08. – 11.03.2010; ERGEBNISSE AUS DEM BEREICH UMWELT UND GESUNDHEIT

Das Plenum des Europäischen Parlaments (EP) hat auf seiner Tagung in Straßburg vom 08. bis 11.03.2010 u. a. einen Vorschlag für eine Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Veterinärbedingungen für die Verbringung von Heimtieren zu anderen als Handelszwecken angenommen.



PARLAMENT BILLIGT LETZTMALIG VERLÄNGERUNG VON SONDERUNTERSUCHUNGEN BEI DER VERBRINGUNG VON HEIMTIEREN

Das EP hat sich in seiner legislativen EntschlieÙung vom 09.03.2010 mit 618 Ja-Stimmen bei 17 Nein-Stimmen und 5 Enthaltungen für die Änderung der Verordnung (EG) Nr. 998/2003 über die Veterinärbedingungen für die Verbringung von Heimtieren zu anderen als Handelszwecken und damit für eine letztmalige Verlängerung der im Vereinigten Königreich, Irland, Finnland, Schweden und Malta geltenden besonderen Anforderungen für die Einreise von Hunden, Katzen und Frettchen in deren Hoheitsgebiet bis 31.12.2011 ausgesprochen. Ab 2012 sollen europaweit einheitliche Regeln für die Verbringung von Heimtieren gelten. Der Rat muss der geänderten Verordnung noch zustimmen.

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2010-0048+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

EUROPA 2020: GESCHÄFTSBEREICH DES STMUG

Mit ihrer am 03.03.2010 vorgestellten Strategie „EUROPA 2020 – Eine Strategie für intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum“, die an die „Lissabon-Agenda“ aus dem Jahr 2000 anknüpft, verfolgt die Kommission in erster Linie das Ziel, die Wirtschafts- und Finanzkrise erfolgreich zu überwinden und die Wirtschaft in Europa in den nächsten zehn Jahren wieder auf Kurs zu bringen. Dabei stehen ein hohes Beschäftigungs- und Produktionsniveau sowie der soziale Zusammenhalt im Fokus. Belange der Umwelt und Gesundheit stehen nicht im Mittelpunkt, haben aber, v. a. im Hinblick auf den Klimaschutz, durchaus Berücksichtigung in der Strategie gefunden. Bei ihrer Frühjahrstagung am 25. und 26.03.2010 sollen die Staats- und Regierungschefs die Strategie „Europa 2020“ annehmen.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/225&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

KOMMISSION STELLT KLIMASCHUTZSTRATEGIE NACH KOPENHAGEN VOR

Am 09.03.2010 hat die Kommission ihre Strategie zur Neubelebung der internationalen Verhandlungen zum Klimaschutz nach der Konferenz in Kopenhagen im Dezember 2009 vorgestellt. Ziel ist nach wie vor, für die Zeit nach 2012



mit Auslaufen des ersten Verpflichtungszeitraums des Kyoto-Protokolls ein internationales Abkommen auf den Weg zu bringen, das alle Länder zu konkreten Klimaschutzmaßnahmen verpflichtet. Hierzu soll die Kopenhagener Vereinbarung schnellstmöglich verwirklicht und in die UN-Verhandlungen bzw. in die UN-Verhandlungstexte mit einbezogen werden, da diese die Basis für ein zukünftiges internationales Klimaschutzübereinkommen bilden. Die Kommission strebt den Abschluss eines rechtlich verbindlichen Übereinkommens so früh wie möglich an, hält dies jedoch für Ende 2010 auf der UN-Klimakonferenz in Cancun/Mexiko wegen vermutlich noch verbleibenden Differenzen der Vertragsstaaten für unwahrscheinlich. Daher solle sich die EU für ein rechtlich verbindliches Abkommen auf dem Ende 2011 in Südafrika stattfindenden Klimagipfel stark machen.

http://ec.europa.eu/environment/climat/future_action_com.htm.

GVO: ZULASSUNG VON AMFLORA UND VON DREI GVO-MAISSORTEN – KOMMISSION KÜNDIGT MÖGLICHKEIT FÜR NATIONALE ANBAUVERBOTE AN

Die Kommission hat am 02.03.2010 den Anbau der GVO-Kartoffelsorte Amflora (GVO, gentechnisch veränderte Organismen) zu industriellen Zwecken genehmigt und für drei GVO-Maissorten Zulassungen für das Inverkehrbringen sowie zur Verarbeitung als Lebens- und Futtermittel erteilt. Daneben kündigte Kommissar *Dalli* an, dass noch in diesem Sommer ein Regelungsvorschlag erfolgen werde, der es den Mitgliedstaaten künftig erlaubt, selbst über den Anbau von GVO zu entscheiden.

Mit der Entscheidung für die Zulassung der GVO-Kartoffelsorte Amflora für den kommerziellen Anbau zu industriellen Zwecken sowie für die Verwendung der bei der Stärkegewinnung anfallenden Nebenerzeugnisse als Futtermittel hat die Kommission nach 12 Jahren erstmals den EU-weiten Anbau einer weiteren GVO-Pflanze erlaubt. Bisher war nur der Anbau des GVO-Mais MON810 möglich. Nach dieser unerwarteten Wendung im jahrelangen Streit um die Zulassung der von BASF entwickelten Amflora (Erstantrag vom 25.04.2005) hat BASF bereits angekündigt, bei der zuständigen Europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) zwei weitere Anträge für den Anbau von GVO-Kartoffelsorten zu stellen.

http://ec.europa.eu/food/food/biotechnology/index_en.htm



GENERALANWALT NIMMT ZUR BIOPATENTRICHTLINIE STELLUNG

In einem niederländischen Vorabentscheidungsverfahren (C-428/08) sprach sich Generalanwalt *Paolo Mengozzi* für einen eingeschränkten Patentschutz für Gensequenzen nach der Biopatentrichtlinie (98/44/EG) aus (s. hierzu Beitrag StMJV in diesem EB).

PARLAMENTARISCHER ABEND MIT DEM WWF ZUM THEMA BIODIVERSITÄT

Am 02.03.2010 fand anlässlich des Internationalen Jahres der Biologischen Vielfalt auf gemeinsame Einladung des Bayerischen Staatsministeriums für Umwelt und Gesundheit (StMUG) und des World Wildlife Funds (WWF) eine Vortragsrunde mit anschließender Podiumsdiskussion zum Thema „Make Space for Nature“ – mehr Raum für Natur schaffen – in der Vertretung des Freistaates Bayern bei der EU in Brüssel statt. Staatssekretärin *Melanie Huml* betonte bei der Eröffnung des Abends, dass Artenschutz nicht nur eine ethische und christliche Verpflichtung darstelle, sondern sich auch wirtschaftlich auszahle. Um den Artenverlust tatsächlich zu verhindern, müsse er mit dem Klimawandel zusammen betrachtet und gemeinsam bekämpft werden. Bayern werde sich auch künftig für Artenvielfalt einsetzen und hoffe auf gemeinschaftliches Engagement mit Entscheidungsträgern aus anderen Regionen und den Europäischen Institutionen.

GRÜNBUCH ZUM WALDSCHUTZ UND WALDINFORMATION IN DER EU VERÖFFENTLICHT

Die Kommission hat am 01. März 2010 ein Grünbuch zum „Waldschutz und Waldinformation in der EU. Vorbereitung der Wälder auf den Klimawandel“ verabschiedet. Inhalte des Grünbuchs sind ein Ausblick über die wichtigsten Herausforderungen, die die Wälder Europas im Kampf gegen den Klimawandel bewältigen müssen, Informationen über verfügbare Instrumente zum Schutz der Wälder und ein Überblick über bestehende Waldinformationsinstrumente. Zuletzt wird die Frage zu künftigen politischen Optionen aufgeworfen. Die Kommission wird nach Abschluss einer Konsultation entscheiden, ob auf europäischer Ebene weitere Initiativen erforderlich sind. Die Zuständigkeit für Forstwirtschaft liegt in erster Linie bei den Mitgliedstaaten (s. hierzu Beitrag des StMELF in diesem EB).

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/207&format=H>



[TML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en
http://ec.europa.eu/environment/consultations/forests_en.htm](http://ec.europa.eu/environment/consultations/forests_en.htm)

KOMMISSION VERSTÄRKT BIOMASSE-NUTZUNG

Die Europäische Kommission hat am 11.03.2010 eine großangelegte Forschungsinitiative zur Verbesserung und Verstärkung der nachhaltigen Nutzung von Biomasse gestartet. Ins-gesamt werden 52 Mio. EUR zur Verfügung gestellt, um mit Hilfe von Bioraffinerie-Technologie biologische Rohstoffe in Energie und andere wertvolle Ressourcen umzuwandeln. Für die Initiative werden Universitäten, Forschungsinstitute und Industrien aus 20 Ländern zusätzlich 28 Mio. EUR bereitstellen (s. hierzu Beitrag des StMELF in diesem EB).

<http://ec.europa.eu/research/index.cfm?pg=newsalert&lg=en&year=2010&na=na-010310>

EFSA BEWERTET WEITERE 416 GESUNDHEITSBEZOGENE ANGABEN FÜR LEBENSMITTEL

Die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) hat am 25.02.2010 nach ihrer ersten Bewertung vom 01.10.2009 (s. EB 17/09) eine zweite Reihe von Gutachten über 416 weitere gesundheitsbezogene Angaben für Lebensmittel (sog. „health claims“) veröffentlicht. Aufgrund mangelhafter wissenschaftlicher Daten fielen die meisten Bewertungen durch die Sachverständigen des EFSA-Gremiums NDA für diätetische Produkte, Ernährung und Allergien negativ aus. Nach der Verordnung (EG) Nr. 1924/2006 (sog. „Health-Claims-Verordnung“) sind Aussagen über Nährwerte oder gesundheitliche Wirkungen eines Lebensmittels, wie z. B. „stärkt die Abwehrkräfte“, jedoch nur dann zulässig, wenn sie wissenschaftlich belegt werden können. Die EFSA hat nunmehr fast 1000 von 4000 zu prüfenden Angaben analysiert. Sie beabsichtigt, laufend weitere wissenschaftliche Stellungnahmen vorzulegen, damit die nach der Health-Claims-Verordnung vorgesehene Positivliste zulässiger Werbeaussagen im Jahr 2011 abgeschlossen werden kann.

<http://www.efsa.europa.eu/de/press/news/nda100225.htm>

Geschäftsbereich IuK- und Medienpolitik

EUROPA 2020: GESCHÄFTSBEREICH DER IUK- UND MEDIENPOLITIK

Die Europäische Kommission hat am 3. März 2010 ihre Europa 2020 Strategie



präsentiert. Die Vorschläge sollen durch intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum die EU aus der Wirtschaftskrise führen und die Wettbewerbsfähigkeit für das nächste Jahrzehnt garantieren. Die Wirtschaft soll gestützt auf Wissen und Innovation besonders das vorhandene Potential der Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT) ausschöpfen. Dabei spielt die „Digitale Agenda Für Europa“ als eine der 7 Leitinitiativen der Europa 2020 Strategie eine wichtige Rolle. Hierzu ist für Ende April 2010 eine Kommissionsmitteilung vorgesehen.

<http://ec.europa.eu/eu2020/pdf/COMPLET%20%20DE%20SG-2010-80021-06-00-DE-TRA-00.pdf>

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/225&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

http://www.eu2010.es/en/documentosynoticias/noticias/mar03_corbacho2020.html

<http://www.cor.europa.eu/pages/PressTemplate.aspx?view=detail&id=88ae3bd7-b8fc-4616-bbf-1b8b624bb38b>

KOMMISSION LEITET ÖFFENTLICHE KONSULTATION ZUR FREQUENZPOLITIK 2011-2015 EIN

Die Europäische Kommission hat am 04.03.2010 eine öffentliche Konsultation zu den Prioritäten der Frequenzpolitik 2011-2015 eingeleitet, um Fragen der Zuweisung und optimalen Funkfrequenznutzung zu klären. Verbraucher und Industrie können sich dazu bis zum 09.03.2010 äußern. Außerdem werden Kommission, Parlament, Rat und Interessenvertreter werden auf einem Frequenzgipfel in Brüssel am 22./23. März über die künftige Ausrichtung der Frequenzpolitik beraten.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/232&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

http://ec.europa.eu/information_society/policy/ecom/radio_spectrum/index_en.htm

[\[lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=CELEX:32009L0140:DE:NOT\]\(http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=CELEX:32009L0140:DE:NOT\)](http://eur-</p></div><div data-bbox=)

http://ec.europa.eu/information_society/policy/ecom/radio_spectrum/spectrum_summit_2010/index_en.htm



KOMMISSION LEITET KONSULTATION ZU UNIVERSALDIENST IM DIGITALZEITALTER EIN

Die europäische Kommission hat am 02.03.2010 eine öffentliche Konsultation zu den EU-Vorschriften über die Universaldienstverpflichtungen der Telekommunikationsanbieter eingeleitet. Vor dem Hintergrund der Entwicklungen im digitalen Sektor soll geprüft werden, ob die Vorschriften aus dem Jahr 2002 neu gefasst werden müssen. Die derzeitigen, alle drei Jahre von der Kommission zu überprüfenden Regeln garantieren den Bürgern einen Zugang zum öffentlichen Telefonnetz einschließlich einfachem Internetzugang, jedoch nicht zu Breitband. Eine wichtige Frage ist insofern, ob der Breitbandzugang in den Universaldienst aufgenommen werden sollte. Am 30.03.2010 wird die Kommission in Brüssel einen öffentlichen Workshop veranstalten, um den Meinungsaustausch zwischen Verbrauchern, Interessenvertretern und Politikexperten zu befördern. Die Konsultation endet am 07.05.2010. Anschließend wird die Kommission in einer Mitteilung über die Ergebnisse berichten. Auf dieser Grundlage soll bis Ende 2010 über gegebenenfalls neue Gesetzesvorschläge entschieden werden.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/218&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

<http://eur->

lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=CELEX:32002L0022:EN:NOT

EUROPÄISCHE ESKILLS-WOCHE AUF CEBIT ERÖFFNET

Am 02.03.2010 wurde auf der CeBIT in Hannover die europäische eSkills-Woche vom 01.-05.03.2010 eröffnet. Im Mittelpunkt der über 200 Veranstaltungen standen der Erfahrungsaustausch von Interessengruppen, die Überprüfung bisheriger Erfolge der EU-Strategie zur Erweiterung der IKT-Kompetenzen der Bürger und die Information über die Bedeutung von IKT-Kenntnissen. Die eSkills-Woche wurde gemeinsam von Europäischer Kommission, Länderregierungen, Industrie und Bildungseinrichtungen veranstaltet.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/220&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

http://ec.europa.eu/information_society/eeurope/i2010/docs/annual_report/2009/sec_2009_1060_vol_1.pdf

http://ec.europa.eu/information_society/eeurope/i2010/docs/digital_literacy/digital_literacy_review.pdf



<http://eskills-week.ec.europa.eu>

MICROSOFT VERPFLICHTET SICH EINER VEREINBARUNG MIT DER KOMMISSION ZUFOLGE ALTERNATIVMÖGLICHKEITEN BEI BROWSERWAHL ANZUBIETEN

Microsoft bietet ab dem 01.03.2010 den Benutzern von Windows die Möglichkeit, den Standardinternetbrowser selbst zu wählen. Nach der Installation eines automatischen Updates erscheint in Windows ein Fenster, welches dem Nutzer die Möglichkeit gibt, aus 12 verschiedenen Browsern seinen Bevorzugten zu wählen.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/09/15&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/216&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

<http://www.microsoft.com/presspass/presskits/eu-msft/docs/07-24-09Commitment.doc>

http://www.browserchoice.eu/BrowserChoice/browserchoice_de.htm